

Gegen unverantwortliche Bezüge, deshalb Ja zur Abzockerinitiative

Die EVP hat die Abzockerinitiative als eine der ersten Parteien unterstützt. Sie empfiehlt, am 3. März ein Ja einzulegen. Der Gegenvorschlag ist zu löchrig und nachlässig.

Heiner Studer, Präsident EVP-Schweiz, alt Nationalrat

Der Unmut des Volkes über die hohen Managerbezüge ist zu Recht weit verbreitet. Wenn Brady Dougan bei der CS 70 Millionen Bonus erhält, Daniel Vasella in 6 Novartis-Jahren 212 Millionen garniert, Percy Barnevik beim Abgang noch schnell die ABB-Pensionskasse plündert (148 Millionen) oder Thomas Limberger bei der vergleichsweise kleinen OC Oerlikon jährlich 7,7 Millionen verdient, ist das für viele komplett unverständlich. Die Initiative „gegen die Abzockerei“ will diesen überrissenen Bezügen des Top-Managements und der Verwaltungsräte ein Ende machen. Mit insgesamt 24 Forderungen sollen alle Hintertüren und Schlupflöcher wasserdicht verriegelt werden.

Wird die Initiative abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Er enthält ähnliche Forderungen wie die Initiative, ist aber insgesamt weniger streng. So ist nur mit der Initiative gewährleistet, dass die Aktionäre jedes Jahr über die Löhne der Geschäftsleitung abstimmen können, die Geschäftsleitung nicht an eine Tochterfirma ausgelagert werden kann und nicht mehr länger ein Grossteil der Saläre in Form von Beraterhonoraren ausbezahlt wird. Goldene Fallschirme wären mit dem Gegenvorschlag weiterhin möglich, Prämien für Firmenkäufe oder –verkäufe ebenso. Auch die fehlenden Strafbestimmungen des Gegenvorschlags sind ein Manko.

Bezüglich der Wirksamkeit von Abzockerinitiative und Gegenvorschlag darf man sich keine Illusionen machen. Indem die Aktionärinnen und Aktionäre mehr Rechte erhalten, sollen sie stärker auf die Vergütungspolitik Einfluss nehmen können. Doch solange die Aktionäre fürstlich entschädigt werden, genehmigen sie dem Management auch die exzessivsten Bezüge. Weder mit der Initiative noch mit dem Gegenvorschlag haben wir die Gewähr, dass die Saläre tatsächlich sinken werden. Mehr Wirkung hat sich die EVP von einer Boni-Steuer erhofft. Saläre über 3 Millionen Franken hätten nicht länger als Aufwand geltend gemacht werden können und wären damit der Gewinnbesteuerung unterlegen. Doch das Parlament hat die Bonussteuer versenkt – ausschlaggebend waren die Stimmen der Grünliberalen.

Vereinzelt wurden Befürchtungen laut, die jährliche Einzelwahl aller Mitglieder des Verwaltungsrates könnte diesen destabilisieren und Angriffe sogenannter Heuschrecken erleichtern. Diese bringen kurzfristig und oft im Versteckten eine Firma unter ihre Kontrolle, platzieren ihre Vertreter im Verwaltungsrat, trimmen das Unternehmen ohne Rücksicht auf die Arbeitsplätze auf Profit und stossen es mit Gewinn wieder ab. Doch schon heute kann eine Minderheit der Aktionäre die Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung erzwingen und ihre Vertreter zur Wahl in den Verwaltungsrat vorschlagen.

Die EVP hat die Abzockerinitiative als eine der ersten Parteien schon in der Sammelphase unterstützt. Ihre Hoffnung auf einen wirksamen Gegenvorschlag hat sich nicht erfüllt. Aus diesem Grund empfehlen die Delegierten der EVP mit 91 zu 18 Stimmen ein Ja zur Abzockerinitiative.